

Weißbuch

über die

„Demokratische Bodenreform“

in der

Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Dokumente und Berichte

Herausgeber
Joachim von Kruse

Erweiterte Neuauflage
1988



VERLAG ERNST VÖGEL · MÜNCHEN/STAMSRIED

INHALT

	Seite
Vorwort	7
Einleitung	9
Erlebnisberichte	
Vorpommern	22
Brandenburg	35
Mecklenburg	45
Sachsen-Anhalt	61
Sachsen	70
Thüringen	85
Anlagen	
I. Landkarte und Original-Urkunden	95
II. Befehle und Verordnungen der SMA und der Sowjetzone ..	105
III. Dokumente der freien Welt	125
IV. Von der „Bodenreform“ zur Kollektivierung	133

Vorwort zur Neuauflage

Im September 1945 wurden auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration in der von der Roten Armee besetzten Zone Deutschlands (SBZ) über 8000 Landwirte ihres Eigentums und ihrer Habe beraubt und innerhalb von Stunden mit ihren Familien von Haus und Hof vertrieben. Sie hatten ihren Heimatkreis zu verlassen. Ihr einziges Verbrechen bestand darin, Eigentümer oder Pächter von landwirtschaftlichen Betrieben mit einer Gesamtfläche von über 100 Hektar gewesen zu sein. Das gleiche Schicksal erfuhren mehr als 4000 Eigentümer von Betrieben unter 100 Hektar, die kurzerhand zu „Kriegs- und Nazi-Verbrechern“ erklärt wurden. Dieser Willkürakt der sowjetischen Besatzungsmacht erhielt die offizielle Bezeichnung „Demokratische Bodenreform“.

Zum zehnten Jahrestag dieses Geschehens veröffentlichte die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landwirte und Bauern e. V.“ als damalige Interessenvertretung der von der „Bodenreform“ Betroffenen ein Weißbuch mit Erlebnisberichten sowie sachbezogenen Dokumenten der freien Welt und der kommunistischen Seite. Die kleine Auflage dieser Dokumentation ist, ebenso wie eine 1959 publizierte Ausgabe in englischer Sprache, längst vergriffen.

Seit den damaligen Ereignissen sind nunmehr über vierzig Jahre vergangen, und man könnte geneigt sein, sie als eine Episode des Geschehens im besetzten Deutschland der ersten Nachkriegszeit ad acta zu legen. Die Notwendigkeit einer Neuauflage des Weißbuches ergibt sich jedoch aus folgender Tatsache: Während es über die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ — seit dem 7. Oktober 1949 die „Deutsche Demokratische Republik“ — eine Fülle detaillierter Literatur gibt, breitet sich über die Vorgänge um die „Bodenreform“ ein Mantel des Schweigens und der nahezu totalen Unwissenheit.

Die im September 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht in der SBZ in Angriff genommene erste Phase der revolutionären Umgestaltung der Agrarstruktur und die damit verbundene Enteignung und Vertreibung eines dort oft seit Generationen ansässigen Berufsstandes, der in der Geschichte Preußens und Deutschlands und im Widerstand gegen die Hitlerdiktatur eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat, wird im Schrifttum der Bundesrepublik übergangen oder allenfalls mit wenigen Sätzen abgetan. Die vorliegende Fachliteratur beschränkt sich auf die Analyse der durch die „Bodenreform“ erfolgten Veränderung der Agrarstruktur in der SBZ und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen.

Nach Auskunft der mit der DDR-Forschung befaßten Dienststelle beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Gesamtdeutsches Institut) vom 18. 2. 1988 „... hat die umfangreiche Literatursuche ergeben, daß nur das Weißbuch über die ‚Demokratische Bodenreform‘ (Hannover 1955) sich ausführlich mit der Bodenreform beschäftigt. In den anderen Veröffentlichungen wird sich mit diesem Thema nur kurz auseinandergesetzt.“

Hier sei angemerkt, daß es selbstverständlich in der DDR eine Reihe von Publikationen über die „Bodenreform“ gibt, die das Geschehen aus kommunistischer Sicht darstellen. Leider ist festzustellen, daß sie auf einzelne neuere Veröffentlichungen in der Bundesrepublik nicht ohne Wirkung geblieben sind.

Die vorliegende erweiterte Neuauflage der Dokumentation hat die Aufgabe, eine offensichtlich bestehende Lücke im Schrifttum der Bundesrepublik zu schließen und damit der zeitgeschichtlichen Forschung und den mit der deutschen Frage befaßten Institutionen und Persönlichkeiten mit authentischem Material zu dienen. Sie ist nicht dazu bestimmt, vernarbte Wunden aufzureißen oder Ressentiments zu erwecken, sondern soll einen Beitrag leisten zur Kenntnis der historischen Wahrheit. Niemandem kann damit gedient sein, wenn ein Vorgang, der zur leidvollen Nachkriegsgeschichte Deutschlands gehört, vergessen oder verschwiegen wird.

Die unverändert übernommene Dokumentation des Weißbuches von 1955 wurde in der Neuauflage durch eine ausführliche Einleitung ergänzt. In einem ebenfalls neu eingefügten Anhang werden die weiteren Phasen der Sowjetisierung bis zum Abschluß der Kollektivierung der Landwirtschaft und damit bis zum Ende des selbständigen Bauerntums in der DDR im Jahr 1960 durch Auszüge aus Publikationen des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen zusammenfassend dargestellt.

München, im Oktober 1988

Joachim von Kruse

Einleitung

Theorie und Praxis der kommunistischen Agrarrevolution

Die in dieser Dokumentation geschilderten Vorgänge können nur aus der Kenntnis der Ideologie des Marxismus-Leninismus heraus verstanden werden, deren zur Staatsdoktrin erhobene Lehre in allen von kommunistischen Systemen beherrschten Ländern konsequent verwirklicht worden ist. Nach dieser Lehre ist das private Eigentum an Produktionsmitteln, insbesondere auch an Grund und Boden, eine Art menschliche Erbsünde, ein Anachronismus. Es muß mit allen Mitteln im Klassenkampf revolutionärer Umgestaltung beseitigt werden, weil es der von der Ideologie angeblich erkannten geschichtlichen Notwendigkeit widerspricht.

Der Kommunismus sieht in der bäuerlichen Eigentumsordnung seinen gefährlichsten Gegner, den er mit seinem Haß verfolgt und dessen Vernichtung planmäßig betrieben wird. Das Endziel, die Vergesellschaftung der Produktion auch in der Landwirtschaft, die Kollektivierung, kann jedoch wegen des Widerstandes der Landbevölkerung nur schrittweise in einer Mischung von Gewalt, List und Täuschung verwirklicht werden; sie muß in einzelnen, zeitlich gestaffelten Phasen erfolgen.

Zur Absicherung des Sieges des bolschewistischen Umsturzes in den Machtzentren Rußlands im Herbst 1917 war es für Lenin zunächst unerläßlich, die Unterstützung der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit zu gewinnen. Unter Ausnutzung der Sehnsucht der unter einem sozial und wirtschaftlich rückständigen Feudalsystem lebenden Bauern nach Eigentum an Grund und Boden verkündete er sofort nach Eroberung der Macht ein Landdekret, unter dem das gesamte Land nationalisiert und an die bäuerlichen „Werkstätigen“ aufgeteilt wurde.

Mit diesem Schachzug der Landverteilung an die Bauern und der Liquidierung der Klasse der Großgrundbesitzer sicherte sich Lenin auf einen Schlag die Unterstützung der bäuerlichen Massen und konsolidierte damit seine Herrschaft. Die erste Phase der Agrarrevolution war damit abgeschlossen.

Die Entwicklung und Festigung von Millionen bäuerlicher Betriebe, das Entstehen „kapitalistischer“ Eigentümer-Mentalität unter den Bauern, stand aber selbstverständlich im totalen Widerspruch zur Lehre des Marxismus-Leninismus von der Erbsünde des Privateigentums an Pro-

duktionsmitteln. Sie widersprach zugleich dem politischen Ziel, zur Absicherung der totalen Macht der Kommunisten die Untertanen auch auf dem Lande zu lohnabhängigen Arbeitern zu machen. Millionen ländlicher Kleineigentümer drohten auf die Dauer die Alleinherrschaft der kommunistischen Partei zu gefährden.

So konnte es nicht ausbleiben und war nur eine Frage der Zeitspanne bis zur genügenden Festigung ihrer Macht, daß die Kommunisten in der Sowjetunion Ende der zwanziger Jahre zum entscheidenden Schlag gegen die Masse ihrer potentiellen Gegner, die Bauern, ausholten.

Die nachstehenden Lehrsätze Lenins kennzeichnen Strategie und Taktik der kommunistischen Agrarpolitik:

„Die Nationalisierung des Bodens, d. h. die Aufhebung des Privateigentums am Boden und die Überführung des Bodens in das Eigentum des proletarischen Staates, ist eine der wichtigsten Maßnahmen der sozialistischen Revolution.“¹⁾ „Wir haben einen äußerst gefährlichen geheimen Feind, der weitaus gefährlicher ist als viele offene Konterrevolutionäre; dieser Feind — der tödliche Feind der sozialistischen Republik der Sowjetmacht — dieser Feind ist die elementare Kraft des kleinen Eigentümers.“²⁾ „Zunächst unterstützen wir bis zum Ende, mit allen Mitteln, bis zur Konfiskation, den Bauern überhaupt gegen den Gutsherrn; danach unterstützen wir das Proletariat gegen den Bauern überhaupt.“³⁾ „Um die Klassen zu beseitigen, muß man den Unterschied zwischen Arbeitern und Bauern aufheben, muß man sie alle zu Arbeitern machen.“⁴⁾

Diese Richtlinien wurden in allen kommunistischen Staaten mit unerbittlicher Folgerichtigkeit realisiert. Ihre bis heute unveränderte Gültigkeit wurde in einer Grundsatzrede des derzeitigen Generalsekretärs der KPdSU, Gorbatschow, zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution im Herbst 1987 bestätigt. Die Zwangskollektivierung der russischen Bauern unter Stalin wurde von ihm ausdrücklich positiv gewürdigt. Zu dieser Tragödie mit mehreren Millionen erschlagener oder verhungerten Bauern beschränkte sich Gorbatschow auf die kritische Anmerkung, es habe dabei „einige Überspitzungen“ gegeben. Ob und wie weit diese hier — wie auch an anderen früheren Maßnahmen — geübte Kritik darauf abzielt, echte Reformen anzustreben oder nur eine höhere Effizienz innerhalb des bestehenden Systems zu erreichen, bleibt abzuwarten. Nach einem Wort Gorbatschows muß jede Kritik „den Geist der Partei widerspiegeln“. Man sollte daher den derzeitigen Chef der KPdSU nicht anders interpretieren, als er selbst es tut.

Mit großem Erfolg haben es die Kommunisten immer wieder verstanden, in den von ihnen durch militärische Gewalt oder durch inneren Umsturz eroberten Ländern die erste Phase ihrer Agrarrevolution als

¹⁾ Diese und die folgenden Fußnoten siehe Seite 19 u. 20.

„Bodenreform“ zu tarnen und dadurch die Welt über ihre wahren Absichten zu täuschen.

Kommunistische Bodenreformen sind das genaue Gegenteil dessen, was in der westlichen Welt darunter verstanden wird: Die Schaffung eines selbständigen Bauerntums auf eigenem Grund und Boden. Die Zerschlagung der größeren Güter und die Bildung von lebensunfähigen Zwergbetrieben ist lediglich der erste Schritt zum Endziel der Kollektivierung. Ist diese erste Aufgabe erfüllt, folgt nach einer gewissen Zeitspanne die Liquidierung der größeren und mittleren Bauernbetriebe und schließlich die Kollektivierung der gesamten Landwirtschaft.

Mit der Aufteilung des Gutslandes in proletarische Kleinbetriebe als Folge der „Bodenreform“ in der SBZ hatte man die Grundlage dafür gelegt, um einige Zeit später unter Hinweis auf die Unwirtschaftlichkeit des zuvor künstlich geschaffenen Zustandes die Kollektivierung zu fordern.

„Die neuen Kleinbetriebe hatten eine Durchschnittsgröße von 7 bis 8 Hektar — zu wenig für eine dauernde Existenzfähigkeit; es ist deshalb anzunehmen, daß die Führungsgruppe der SED von vornherein mit einer späteren Kollektivierung der neugeschaffenen bäuerlichen Familienbetriebe rechnete.“⁵⁾

Wirtschaftliche Nachteile, wie der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, der sich zwangsläufig im Laufe dieser Agrarrevolution ergibt, werden zu Gunsten des ideologisch-politischen Zieles bewußt in Kauf genommen. Der „Bodenreform“ im Herbst 1945 folgte ab 1948/49 der systematisch betriebene Klassenkampf gegen die Mittel- und Großbauern, von denen Tausende zur Flucht veranlaßt wurden und deren verlassene Betriebe in die Nutzung der öffentlichen Hand übergingen. Im Jahr 1952 begann mit der Zwangskollektivierung der noch bestehenden Bauernbetriebe und der „Neubauern“ auf den parzellierten Flächen der ehemaligen Güter die letzte und endgültige Phase der Agrarrevolution nach sowjetischem Muster. Nach Mitteilung der SED gibt es seit dem 15. April 1960 in der DDR kein selbständiges Bauerntum mehr.⁶⁾

„Die heutige Agrarverfassung der DDR ist das Ergebnis eines gezielten gesellschaftspolitischen und betrieblichen Umstellungsprozesses, für den es kein Vorbild in der deutschen Agrargeschichte gab. Er wurde von der politischen Führung in mehreren Etappen systematisch vorangetrieben. Agrarpolitisches Leitbild ist der vergesellschaftete landwirtschaftliche Großbetrieb mit industriemäßigen Produktionsmethoden.“⁷⁾

Die Landwirtschaft in Mitteldeutschland vor 1945

Eine kurze Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Landwirtschaft im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Mitteldeutschland) vor dem Einmarsch der Roten Armee im Frühjahr 1945 soll das Verständnis der nachstehend geschilderten Vorgänge erleichtern.

Entgegen einer weitverbreiteten Ansicht bestand die Landwirtschaft in Mitteldeutschland überwiegend aus kleinen und mittleren bäuerlichen Privatbetrieben. Der Anteil größerer Betriebe über 100 Hektar an der Gesamtzahl der Betriebe betrug 1,1%; der Anteil dieser Betriebe an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Mitteldeutschlands betrug im Durchschnitt 28,3%.¹⁾

Im Unterschied zu den Verhältnissen in vielen anderen Ländern der Erde wurden fast 90% aller landwirtschaftlichen Betriebe traditionsgemäß von den Eigentümern selbst bewirtschaftet. Dies galt auch für die Masse der größeren Gutsbetriebe. Die Verpachtung spielte eine untergeordnete Rolle. Die Landarbeiter auf den Gütern arbeiteten unter einem mit dem Eigentümer abgeschlossenen Tarifvertrag, der ihnen neben dem Barlohn eigene Viehhaltung und Landparzellen, die Stellung von Wohnung und die Lieferung von Brot- und Futtergetreide usw. gewährte. Sie hatten zwar einen bescheidenen Lebensstandard, besaßen jedoch größere soziale Sicherheit als die Industriearbeiter und Kreise des Kleinbauerntums, das in Teilen West- und Südwestdeutschland überwog. Die Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben war in jahrhundertelanger Entwicklung organisch gewachsen.

In einigen Gebieten im Norden Mitteldeutschlands, in denen der Großbetrieb stärker hervortrat und wo aus sozialen Gründen ein höherer Anteil kleinerer bäuerlicher Betriebe wünschenswert war, wurde durch ein Reichsgesetz²⁾ die Voraussetzung für die Neugründung bäuerlicher Siedlungen geschaffen. In Vollzug dieses Gesetzes waren von 1919 bis 1937 in Ost- und Mitteldeutschland insgesamt 76 000 bäuerliche Familienbetriebe geschaffen worden.³⁾ Das erforderliche Land wurde in den meisten Fällen auf dem freien Gütermarkt vom Großbesitz aufgekauft; nur selten mußte von einer Enteignung gegen Entschädigung, die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen geregelt war, Gebrauch gemacht werden. Die laufende organische Verbesserung der Agrarstruktur wurde erst durch den Ausbruch des zweiten Weltkrieges unterbrochen.⁴⁾

Die Mischung von kleinen, mittleren und großen landwirtschaftlichen Betrieben, die in allen Größenklassen oft seit Generationen und in vielen Fällen seit Jahrhunderten von ihren Eigentümern selbst be-

wirtschaftet wurden, war der Grund für die intensive Landwirtschaft in Mitteldeutschland mit hoher Produktivität. Die Fortschritte der Agrarwissenschaft und der Landmaschinenteknik wurden im Rahmen einer intensiven Fruchtwechselwirtschaft ausgenutzt und führten zu einer ständigen Steigerung der Bodenfruchtbarkeit und der Marktleistung. An der Spitze des Fortschritts standen in erster Linie die größeren Betriebe, die besonders in der Lage waren, auf ihren großen Flächen die Vorteile der Rationalisierung und der modernen Maschinenteknik auszunutzen.

Der englische Autor Nettl urteilt: „Die Struktur der deutschen Landwirtschaft . . . hat die Produktivität je Flächeneinheit auf eine Höhe gebracht, die vor dem Kriege mit keinem anderen europäischen Land vergleichbar war.“¹²⁾

Die Marktleistungen der kleinen und mittleren Betriebe bestanden vorwiegend aus tierischen Produkten, während die großen Güter in erster Linie mit hohen Lieferungen an Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben und Saatgut hervortraten. Sie lagen mit ihrer Gesamt-Marktleistung an der Spitze aller Betriebsgrößenklassen. Der in den meisten Gebieten der Erde gültige volkswirtschaftliche Lehrsatz: „Landwirtschaftlicher Großbetrieb = extensive Wirtschaft, geringe Flächenleistung“ traf aus den genannten Gründen für die Landwirtschaft in Mitteldeutschland nicht zu. Sie stand in ihrer Produktivität an der Spitze des gesamten Deutschen Reiches.¹³⁾

Dr. Karl Brandt, damals Professor an der Stanford-Universität in Californien und einer der führenden Agrarpolitiker der USA, der 1945 landwirtschaftlicher Berater im Stab der amerikanischen Militärregierung in Deutschland war, urteilt: „Die großen deutschen Güter waren die leistungsfähigsten Produzenten und die wichtigsten Lieferanten von Nahrungsmitteln für die großen Städte.“¹⁴⁾

Die „Junker“

Die mitteldeutsche Landwirtschaft war vor 1945 durch die größeren Gutsbetriebe mit einem Anteil von etwa 28% an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche stark geprägt. Ihre Eigentümer wurden in der Kriegspropaganda der Sowjets, die weitgehend auch von den westlichen Alliierten übernommen wurde, als „Junker“, ihr Berufsstand als „Hort des preußischen Militarismus, der Reaktion und des Faschismus“ bezeichnet.

Daß ausgerechnet Preußen und das konservative, bodenständige Junkertum in der Propaganda der alliierten Siegermächte in dieser Weise abgestempelt wurde, gehört zu den vielen absurden Treppenwitz der Geschichte. Offenbar hatte man bei der Schaffung dieses